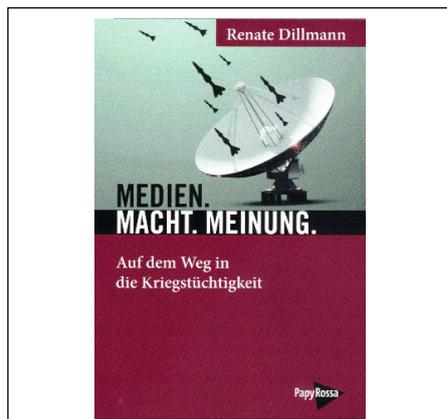


Gegen den Marschbefehl zur Kriegsertüchtigung



Renate Dillmann

Medien. Macht. Meinung.

Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit

Papyrossa-Verlag 17,90 €

Die Bombardierung von Krankenhäusern ist in den Nachrichten der deutschen Leitmedien mal Kriegsverbrechen, mal unvermeidlicher Kollateralschaden und mal legitimes Kriegsmittel. Es gibt „brutale völkerrechtswidrige Angriffskriege“, über die intensiv und mit medialer Empörung berichtet wird; es gibt aber auch mit Beifall begleitete „Missionen“, „Einsätze“ und „humanitäre Interventionen“. Und es gibt „vergessene Kriege“. Manchmal geht „Staatswohl vor Aufklärung“. Tote sind nicht gleich Tote und Flüchtende nicht gleich Flüchtende – es kommt darauf an, wer wo stirbt und wer woher flüchtet. In einem Fall ist von Evakuierung die Rede, in einem anderen von Entführungen. Ein Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung kann auf Verständnis in der Presse stoßen, aber auch eine abzulehnende Gewalttat oder ein terroristischer Akt sein. Undsowweiterundsofort

I.

Wer unvoreingenommene Informationen wünscht, um sich auf der Basis von Fakten ein Urteil bilden zu können, für den sind die deutschen Leitmedien und ihre Leistungen – das obige Sammelsurium soll an einige von ihnen erinnern – oft wenig hilfreich. Aber soll und kann man deshalb auf Nachrichten verzichten, die Medien boykottieren oder gleich ganz aufhören, sich über den Gang der Welt, die Wirtschaft, die Politik und die Kultur zu informieren?

Natürlich braucht man die politische Berichterstattung, um überhaupt einigermaßen zu erfahren, was im eigenen Land und weltweit vor sich geht. Was beinhalten die neuesten sozial- oder klimapolitischen Beschlüsse der Regierung? Wer demonstriert wogegen? Wo finden Kriege statt und um welcher Ziele willen werden sie geführt? Wie sieht die ökonomische und politische Lage in den Ländern des globalen Südens aus? Wen sanktioniert die deutsche Außenpolitik? Wohin liefert die Rüstungsindustrie Waffen, wohin schickt die Regierung Soldaten?

Auch wenn man allein mit „den Fakten“ noch nicht wirklich begriffen hat, was geschieht – dazu gehört einiges an Erklärung der Wirtschaft, der Staaten, ihrer Zwecksetzungen und ihrer Konkurrenz, – sind halbwegs verlässliche Informationen zumindest die *Voraussetzung* dafür, die Welt, in der wir leben, verstehen zu können.

Wie wenig den Leitmedien, auf die Informationswillige angewiesen sind, in diesem Punkt vertraut werden kann, will der erste Teil des Buchs zeigen. Das sollen einige Lektionen in „Medienkompetenz“ leisten (um ein Modewort aus der „Mediengesellschaft“ aufzugreifen). Klar ist, dass der Medienkonsument den Nachrichten um so hilfloser gegenübersteht, je weniger er selbst bereits weiß – über die einschlägigen Streit- und Sachfragen, die oben benannt wurden. Trotz dieses misslichen Ausgangspunktes gibt es Möglichkeiten, den täglichen Nachrichtenkonsum aufmerksamer und hellhöriger zu gestalten und sich selbst klarzumachen, wo die Berichterstattung, vorsichtig gesagt, unbefriedigend bleibt. Es ist allerdings oft an einem selbst, selbstständig weiter zu recherchieren, um

den Dingen auf den Grund zu gehen. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie neuralgische Punkte in der Berichterstattung der politischen Medien erkennbar werden.

II.

Der zweite Teil widmet sich der *Erklärung* des festgestellten betrüblichen Zustands. Hiesige Journalisten legen in ihrer Selbstdarstellung Wert auf die Trennung von Information und Meinung und stellen sich selbst demonstrativ in Gegensatz zu den verachteten „Staatsmedien“ autoritärer Staaten. Sie betonen, das Publikum mit sachlicher Aufklärung versorgen zu wollen und ihm getrennt davon in ihren Kommentaren Gesichtspunkte einer Beurteilung anzubieten – alles im Rahmen des zulässigen Pluralismus, versteht sich. In der Realität folgen die Medien allerdings ganz offensichtlich nicht einfach dem Ziel einer möglichst sachlichen, umfassenden, wahrheitsgetreuen Darstellung. Aber welchem Ziel folgen sie dann? Ihren Redaktionen unterlaufen ja nicht nur individuell und zufällig Fehler, wenn sie ganz selbstbewusst mit „Wording“, „Framing“ und „Narrativen“ umgehen. Sind die Medien also doch von der Politik gelenkt?

Schon seit etlichen Jahren mehren sich kritische Stimmen gegenüber der Berichterstattung in „den Medien“. Befragungen haben ergeben, dass inzwischen nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung den Nachrichten der hiesigen Presse vertraut; der Vorwurf „Lügenpresse“ bzw. „Regierungspropaganda“ ist populär geworden und hat sich vor dem Hintergrund von Corona verstärkt. Im informellen Sektor des Internets haben sich auf dieser Basis zahlreiche „Alternativmedien“ entwickelt, die zeitweise und teilweise durchaus erheblichen Zulauf haben. Steckt in den Vorwürfen von „Lügenpresse“ und „Regierungspropaganda“ ein wahrer Kern? Wie erklärt sich die zunehmende Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung? An welchem Maßstab messen die Unzufriedenen politischen Journalismus?

Zur Beantwortung dieser Fragen analysiert und systematisiert Teil 2 des Buchs das nicht immer konfliktfreie Zusammenspiel von Politik, Presse und Publikum. Dabei wird erörtert, warum Meinungs- und Pressefreiheit konstitutiv zu einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft gehören und zugleich ständig eingeschränkt werden. Die Gründe für die „Fehlleistungen“ der nationalen Leitmedien werden bestimmt. Und schließlich wird der Frage nachgegangen, mit welchen Erwartungen das Publikum die politische Berichterstattung zur Kenntnis nimmt und beurteilt.

III.

Verteidigungsminister Boris Pistorius verlangt unverblümt, dass die Bevölkerung des Landes in wenigen Jahren „kriegstüchtig“ sein müsse. Der *Spiegel*-Chefredaktion zufolge steht die „gesamte Gesellschaft“ angesichts dessen vor der Aufgabe, aus ihrem „pazifistischen Wolkenkuckucksheim“ herauszukommen („Briefing aus der Spiegel-Chefredaktion“, 21.4.2024).

Im letzten Teil dieses Buches werden drei Beispiele der aktuell bereits laufenden *geistigen Kriegsertüchtigung* untersucht. Die Berichterstattung über den „Befreiungskampf“ in der Ukraine, Israels „Krieg gegen den Terror“ in Gaza sowie das Feindbild China, das die Auseinandersetzung des Westens mit dem Konkurrenten in Asien bereits eine Weile begleitet und stetig verschärft wird, stellen nämlich Fälle dar, in denen das deutsche Publikum auf künftige Anforderungen eingestimmt wird. Dass hierbei einseitig, moralisierend und unduldsam gegenüber Kritik agiert wird, kann nach dem oben Ausgeführten nicht wundern. Welche geistigen Zumutungen darin stecken, ist in den Fallbeispielen von Teil 3 zu erfahren.

Teil I

Methoden und Mechanismen der politischen Berichterstattung

In diesen ersten Kapiteln soll eine gewisse Alarmbereitschaft beim Konsum von politischen Nachrichten aufgebaut werden. Auch wenn man »sich nicht so für Politik interessiert« – was viele von sich sagen – oder nicht so viel Ahnung davon hat, wie Wirtschaft und Politik funktionieren, wie die Außenpolitik unseres Landes kalkuliert wird und wie es in anderen Staaten aussieht (kein Wunder angesichts dessen, wie wenig Unterricht in diesen Fragen in den deutschen Schulen stattfindet), sollte man am Ende dieser Lektionen erkennen können: Achtung, hier stimmt was nicht! Hier wird etwas erzählt, was nicht die Wahrheit sein *kann*. Beziehungsweise: Achtung, hier wird nicht informiert, sondern mein Gefühl mobilisiert, meine Parteinahme eingefordert.

Bei medienkritischen Untersuchungen gibt es ein methodisches Problem, das nicht zu vermeiden ist. Denn stets hat man es mit zwei Ebenen zu tun: Einer Sache und ihrer Darstellung in den Medien. Deshalb werde ich bei der Analyse und Kritik der politischen Berichterstattung in vielen Fällen nicht umhinkommen, auf die Sachebene zurückzugreifen, um deutlich zu machen, inwiefern die Darstellung in den Leitmedien unzutreffend ist.

(...)

Zwischenbilanz nach Teil 1

Das waren sieben Kapitel, die sich exemplarisch mit Methoden, Mechanismen und Resultaten in der politischen Berichterstattung auseinandergesetzt haben.

Selbstverständlich ist dies keine Untersuchung mit Anspruch auf Vollständigkeit. So wurde auf die wichtige Auseinandersetzung mit dem *Bild*-Journalismus, seinen manipulativen Möglichkeiten und Resultaten verzichtet; für dieses Thema sei auf das entsprechende Kapitel in der Medienanalyse von Sabine Schiffer verwiesen (Schiffer 2021: 62-116). Und natürlich soll auch keineswegs behauptet werden, dass sämtliche Artikel oder Nachrichtensendungen fehlerhaft informieren.

Die Zusammenschau der hier präsentierten Schlaglichter aus deutschen Presseerzeugnissen und TV macht trotz dieser Einschränkungen deutlich: Der Journalismus der Leitmedien neigt zu einer Selektion der Themen am Kriterium nationaler Interessen, stark moralisierenden Benennungen von Sachverhalten, Fragestellungen und Titelzeilen, die Informationen mit Wertungen durchmischen. Er operiert mit fiktiven Subjekten und eliminiert Zusammenhänge, die nötig wären, um einen Themenkomplex zu erfassen und zu begreifen. Quellen werden selektiv verwendet und Zahlen und Statistiken verfälschend benutzt. Es gibt eine personalisierende und emotionalisierende Berichterstattung, die Empathie ausnutzt, um en passant eine ganze Reihe von Wertungen bzw. politisch opportune Sichtweisen unter die Leute zu bringen.

Aus diesem Befund ist ein erster Schluss zu ziehen: Eine freie Presse, die grundgesetzlich anerkannt und ohne staatliche Zensur arbeitet – das hält sich die Bundesrepublik gerne als großes Gütesiegel zugute –, bedeutet keineswegs, dass sachlich, um Objektivität und um Aufklärung bemüht, informiert wird.

Die deutsche Perspektive beherrscht von der Auswahl bis zur Art der Darstellung das, was dem Publikum angeboten wird. Dieser betrübliche Befund wirft weitere Fragen auf. Was sind die Gründe für die Leistungen bzw. Fehlleistungen? Machen Journalisten ihren Job schlecht? Werden sie sogar dafür bezahlt, die Unwahrheit zu verbreiten? Gibt es doch Zensurmaßnahmen, nur eben nicht

sichtbare? Der Vorwurf von der »Lügenpresse« äußert jedenfalls eine deftige Unzufriedenheit und legt Journalisten ganz konkret die Absicht zur Last, ihr Publikum falsch zu informieren.

Teil II Medien – Eine Analyse

Die allgemeine Anerkennung von Meinungs- und Pressefreiheit gilt als besondere demokratische Errungenschaft. In der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Staaten ist sie eines der »Banner«, das als Ausdruck dieser »regel- und wertebasierten« Herrschaftsform hochgehalten wird – gegen »autokratische Regime«, die diesen wichtigen Bestandteil der Menschenrechte nicht oder nicht genügend respektieren.

Warum aber wird überhaupt ein »Recht« auf eine freie Meinung und ihre Äußerung zugestanden? Erfordert diese kaum zu vermeidende menschliche Betätigung überhaupt eine staatliche Befassung und eine herrschaftliche Garantie? Und ist die verfassungsmäßig garantierte Meinungs- und Pressefreiheit in demokratischen Gesellschaften in der Folge gleichzusetzen mit einem »herrschaftsfreien Diskurs«, aus dem sich der Staat heraushält?

Kapitel 1 gibt einen kurzen Überblick zum Verhältnis von Medien und Herrschaft. Was Meinungs- und Pressefreiheit als im Grundgesetz garantierte Grundrechte beinhalten, legt Kapitel 2 dar, während sich Kapitel 3 mit der stetigen Tendenz zur Einschränkung der gewährten Rechte in parlamentarisch verfassten Staaten des Westens befasst. Von der politischen Presse wird in demokratischen Gesellschaften erwartet, dass die Wahlbevölkerung informiert und die Regierung als politische Exekutive kontrolliert wird. Diese Aufgaben sollen einerseits privatwirtschaftlich organisierte Medien, andererseits der öffentlich-rechtliche Rundfunk wahrnehmen. Wie sie das tun, ist Inhalt von Kapitel 4. Medienkritik wird vielerorts geübt – sowohl in der politischen wie in der analytischen Sphäre. Kapitel 5 will einige Beispiele vorstellen und reflektieren. Politik, Presse und Publikum bilden gemeinsam »die demokratische Öffentlichkeit« – wobei das Publikum als der »passive« Part meist wenig gewürdigt wird. Zu Unrecht – denn es ist eine beträchtliche Leistung der Empfänger von Informationen, die geistigen Zumutungen, die Politik und Presse senden, zu schlucken. Warum sie das tun, erklärt Kapitel 6.

(...)

Teil III Feindbildanalyse – Drei Fallbeispiele

Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat in ihrer Funktion als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag im Mai 2022 gefordert: »Was wir jetzt auch brauchen – das mag martialisch klingen –, ist ein Feindbild.« Das sagte die Düsseldorfer Katholikin und Spitzenkandidatin ihrer Partei für die im Juni 2024 abgehaltenen Wahlen zum Parlament der EU (Friedensnobelpreisträgerin 2012) dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* – ein offenes Wort darüber, was »in solchen Zeiten« von der Presse erwartet wird. Bei den Journalisten der deutschen Leitmedien trifft eine solche politische Forderung nicht etwa auf Ablehnung – etwa wegen Einmischung in die Pressefreiheit –, sondern auf offene Ohren.

Im Folgenden drei länger ausgeführte Beispiele für die tatkräftige Unterstützung der Exekutive durch die Vierte Gewalt.

(...)



Renate Dillmann, Dr. rer.pol., *1954. Studium Politikwissenschaft/Geschichte/Soziologie in Mainz, Promotion in Hagen. Freie Journalistin / Lehrbeauftragte an der Evangelischen Hochschule Bochum. Autorin von „China – ein Lehrstück“ und „Abweichendes zum Ukraine-Krieg“; Mit-Autorin von „Der soziale Staat“. Kontakt: dillmann-renate@t-online.de